

Antrag 271/I/2024

Jusos LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: FA VII - Wirtschaft und Arbeit, FA X - Natur, Energie, Umweltschutz (Konsens)

Es klappert die Mühle am rauschenden Bach – doch wem gehört der Bach?

1 **Shocking Fact: Wasser ist wichtig und wird knapper**

2 Der 3. Juli 2023 war der weltweit heißeste Tag seit Beginn
3 der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1880. Dass solche Ne-
4 gativrekorde immer häufiger auftreten, zeigte sich in die-
5 sem Sommer kurz darauf: Einen Tag später, am 4. Juli, wur-
6 de dieser Rekord wieder gebrochen. Unwahrscheinlich,
7 dass die Durchschnittstemperatur von 17,18°C der letzte
8 Negativrekord bleiben wird.

9

10 In Zeiten steigender Temperaturen sind Hitzeperioden
11 kein seltenes Phänomen. Die Folgen der Klimakrise wir-
12 ken sich unlängst auf sämtliche Lebensbereiche aus. So
13 wurden in den letzten Jahren die Herausforderung auf die
14 Wasserwirtschaft immer größer. Wasserknappheit wird
15 dadurch immer öfter saisonal und regional zu einem Pro-
16 blem und einer großen Gefahr für viele Gruppen der Ge-
17 sellschaft. Immer mehr Nutzer*innen werden zukünftig
18 über die knapp werdende Ressource Wasser konkurrie-
19 ren. Diese Konflikte können auf das internationale Par-
20 kett kommen, wie bei dem Beispiel von Äthiopiens Stau-
21 damms für den Oberlauf des Nils, wodurch Ägypten die
22 Wasserversorgung bedroht sieht oder beim Staudamm
23 der Türkei vom Euphrat und Tigris, wodurch ähnlicher Är-
24 ger in Syrien und Irak aufgekommen ist. Die Sorge vor den
25 viel zitierten Kriegen um Wasser wächst durch die Klima-
26 krise.

27

28 Doch auch ohne die Androhung von Gewalt steigt der
29 Konflikt, wenn der Grundwasserspiegel weiter sinkt und
30 sich große Unternehmen den Zugriff auf das immer knapp
31 werdende Wasser werden wollen. Unlängst sind die Bei-
32 spiele wie das von Nestlé bekannt, in denen der Konzern
33 die Wasserrechte von staatlichen Wasserbehörden kauft.
34 Das erlaubt dem Unternehmen, Wasser direkt aus dem
35 Grundwasser (unterhalb der Erdoberfläche) abzapfen.
36 Die lokale Bevölkerung geht oft leer aus oder muss horren-
37 de Preise fürs abgepackte Wasser zahlen.

38 Die Vereinten Nationen haben das Recht auf "ein-
39 wandfreies und sauberes Trinkwasser und Sanitärversor-
40 gung" als ein Menschenrecht eingestuft- zwar erst seit
41 2010. Doch dieser UN-Beschluss ist nicht bindend für die
42 Mitgliedsstaaten. So haben laut UN-Weltwasserbericht
43 immer noch rund 2,2 Milliarden Menschen keinen Zugang
44 zu einer sicheren Trinkwasserversorgung.

45

46 Bei starker Hitze ist nicht nur genügend Trinkwasser be-
47 sonders entscheidend. Auch der Zugang zum Wasser in

48 Form von Seen und Flüssen ist wichtig, um dort die Mög-
49 lichkeit einer Abkühlung und Erholung zu ermöglichen.
50 Gerade in Zeiten steigender Preise und finanzieller Unsi-
51 cherheiten ist für viele Menschen die örtlichen Naherho-
52 lungsgebiete die einzige Möglichkeit zur Abkühlung.

53

54 Doch auch hier zeigt der Kapitalismus sich wieder von sei-
55 ner hässlichsten Seite: Viel zu oft ist der Zugang zu Seen
56 oder Flüssen stark eingeschränkt oder komplett unmög-
57 lich, weil angrenzende Grundstücke privatisiert oder ver-
58 pachtet wurden. Es scheint, dass der öffentliche See nur
59 für diejenigen zugänglich wird, die viel Geld haben. Wäh-
60 rend die Reichen ihre Privilegien genießen, wird die Kli-
61 makrise für arme Menschen immer mehr zu einer Bedro-
62 hung.

63

64 **Rechtsprechung: It's complicated**

65 Der Druck, die Wasserversorgung innerhalb der EU zu pri-
66 vatisieren, nimmt zu. Lobbygruppen und Konzerne setzen
67 sich seit Jahren dafür ein. Doch warum das eine schlechte
68 Idee ist, haben unfreiwillige Reallabore längst gezeigt:

69 Die Euphorie der Privatisierungen in den 1990er Jahren
70 hat auch Berlin erfasst, als unter Senatsführung der CDU
71 die Berliner Wasserbetriebe teilprivatisiert wurden. Statt
72 wie versprochen neue Arbeitsplätze zu schaffen, wurden
73 viele Arbeitsplätze eingestampft. Gleichzeitig zogen die
74 Wasserpreise an. In Berlin hat sich die Bevölkerung ge-
75 wehrt – das Wasser ist jetzt wieder in öffentlicher Hand
76 und die Preise für das Trinkwasser sind wieder zurückge-
77 gangen.

78

79 Auch in der portugiesischen Stadt Pacos de Ferreira steig
80 der Trinkwasserpreis nach der Privatisierung in sechs Jah-
81 ren um 400 % an.

82 Wie drastisch die Lage auf nationaler Ebene werden kann,
83 zeigt Chile, wo die Wasserversorgung seit 1981 nahezu
84 vollständig privatisiert wurde. Mittlerweile konzentrieren
85 sich die Besitzverhältnisse auf wenige mächtige Großun-
86 ternehmen, die Preise diktieren können und den Speku-
87 lationsmarkt boomen lassen. Die extremen Dürren, un-
88 ter denen Chile oft leiden muss, werden dadurch immer
89 schwieriger zu bewältigen – insbesondere für die ärme-
90 ren Gruppen der Bevölkerung auf dem Land, die sich das
91 Wasser nicht mehr leisten können.

92

93 2014 ist die EU-Kommission mit einem Versuch geschei-
94 tert, die Privatisierung der Wasserversorgung über die so
95 genannte Konzessionsrichtlinie voranzutreiben. Für Was-
96 serversorgung und -entsorgung sollte jede Verfügungsbe-
97 willigung EU-weit ausgeschrieben werden. Schon damals
98 wurde deutlich, dass dadurch Gemeinden unter Preis-
99 druck von global agierenden Konzernen geraten würden,
100 wodurch auf massiven öffentlichen Druck Wasser aus der

101 Richtlinie ausgenommen wurde – vorerst. Eine EU-weite
102 Regelung über die Verhinderung der Privatisierung von
103 Wasser gibt es dementsprechend nach wie vor nicht.

104

105 Für die Bürger*innen der Bundesrepublik folgt aus dem
106 Grundrecht auf Leben und Gesundheit und dem Sozial-
107 staatsprinzip im Grundgesetz ein Anspruch auf qualitativ
108 angemessene Versorgung mit Trinkwasser als Bestandteil
109 des zu sichernden Existenzminimums. Die der Allgemein-
110 heit dienende Wasserversorgung ist Aufgabe der Bundes-
111 länder und Gemeinden. Dabei können die Kommunen
112 sich von privaten Unternehmen unterstützen lassen, so-
113 lange sie die wesentlichen Entscheidungen selbst treffen.
114 Was bleibt, ist eine Hintertür für zukünftige Privatisierun-
115 gen. Auch können schon jetzt einzelne Wasserquellen wie
116 Brunnen in Privatbesitz gelangen. Schon jetzt kommt es
117 zu ersten örtlichen Verteilungskonflikte zwischen Mine-
118 ralwasserunternehmen und der lokalen Wasserwirtschaft
119 über die Frage, wer bei der Nutzung lokaler Wasserres-
120 sourcen den Vorrang hat.

121

122 Verteilungskämpfe zwischen den Bundesländern und
123 Kommunen um die Ressource Wasser zeichnen sich be-
124 reits ab: Die Tagebaugruben der Lausitz werden aktu-
125 ell mit Pumpen von Grundwasser trocken gehalten. Das
126 Wasser aus den Tagebauen speist momentan die Spree.
127 Wenn diese Tagebaue nun stillgelegt werden, wird die
128 Senkung des Flusspegels zusätzlich zum allgemein sin-
129 kenden Grundwasserspiegel verstärkt.

130

131 Um den Flusspegel der Spree und damit den Trinkwas-
132 serhaushalt Berlins zu sichern, ist ein “Überlaufkanal”
133 zwischen Elbe und Spree geplant, der bei Wasserknapp-
134 heit der Spree überschüssiges Wasser aus der Elbe in die
135 Spree einleiten soll. Diese Vorschläge stoßen nicht bei al-
136 len Menschen in Sachsen und Südbrandenburg auf gro-
137 ße Begeisterung. Ein Konflikt um die wenigen Wasserres-
138 sourcen zeichnet sich bereits jetzt ab.

139

140 Auch die Verwendung des Wassers in den dann geflute-
141 ten Tagebaugruben der Lausitz ist nicht abschließend ge-
142 klärt. Im schlimmsten Fall beanspruchen die Betreiber*in-
143 nen der ehemaligen Tagebaue das Wasser und Kommu-
144 nen müssen zur Verwendung des Wassers zahlen.

145

146 Auch der Zugang zum fließenden Wasser ist nur ein-
147 geschränkt möglich. Während des Gewässerbett nicht
148 eigentumsfähig sein können, dürfen die angrenzenden
149 Landflächen das sehr wohl sein. Der Zugang zum öffentli-
150 chen Wasser kann dadurch erheblich eingeschränkt wer-
151 den, auch wenn rechtlich die Nutzung von oberirdischen
152 Gewässern klar erlaubt ist.

153

154 Do it like Slovenia - Grundrecht auf Trinkwasser

155 Slowenien hat 2016 als erstes Land in der Europäischen
156 Union das Recht auf Trinkwasser zur Verfassung hinzuge-
157 fügt. Damit wird der Zugang zum „flüssigen Gold des 21.
158 Jahrhunderts“ rechtlich gesichert. Insbesondere von Ar-
159 mut betroffene Gruppen der Gesellschaft haben damit ei-
160 nen Rechtsanspruch. Ebenso wird auch für die Zukunft
161 verhindert, dass Wasser zur Ware wird und Wasserquellen
162 privatisiert werden.

163

164 Eine Festschreibung des Grundrechts auf Zugang zum
165 Trinkwasser auch in das Grundgesetz ist nur der logische
166 Schritt.

167

168 Weg mit den Villen und rein ins Wasser

169 Den See sehend, aber nicht erreichend, ist bei hochsom-
170 merlichen Temperaturen ein bekanntes Ärgernis. Oft ver-
171 hindern private Badebereiche und Privatgrundstücke Zu-
172 gang zum Wasser, wobei der See öffentliches Gut ist. Hier
173 muss sichergestellt werden, dass für die Mehrheit der Ge-
174 sellschaft der Zugang nicht abgeschnitten werden kann.
175 Ähnliches fordern unsere Genoss*innen der SPÖ mit ei-
176 nem „Recht auf Natur“ auf Verfassungsebene, damit sich
177 in Zukunft nicht immer mehr Menschen auf wenige Qua-
178 dratmeter quetschen müssen, während Reiche ihre eige-
179 nen Privatkilometer Zugang haben.

180

181 Water we waiting for?

182 Daher fordern wir:

- 183 • Die Aufnahme des Grundrechts auf Trinkwasser ins
184 Grundgesetz nach slowenischem Vorbild, um die
185 Vorrangstellung der Trinkwasserversorgung in Kon-
186 kurrenz zu anderen Wassernutzungen ist klarzustel-
187 len sowie um eine Privatisierung von Trinkwasser zu
188 verhindern.
- 189 • Die Aufnahme des Rechts auf freie Natur im Grund-
190 gesetz, damit öffentliches Wasser nicht nur den Rei-
191 chen zugänglich sein darf
- 192 • Ein Vorkaufsrecht für Länder und Kommunen, um
193 neue Flächen an Seezugängen zu erwerben und der
194 Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Dafür sol-
195 len ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung ge-
196 stellt werden. Öffentliche Seegrundstücke gelten ab
197 dann als unverkäuflich und dürfen nur im Rahmen
198 der öffentlichen Zugänglichkeit verpachtet werden.
- 199 • Bei Wasserflächen, wo aktuell kein bis kaum ein öf-
200 fentlicher Zugang existiert, müssen Lösungen zu-
201 gunsten der öffentlichen Zugänglichkeit gefunden
202 werden. Auch vor Vergesellschaftungen darf nicht
203 zurückgeschreckt werden.
- 204 • Eine stärkere lokale, nationale und internationa-
205 le Koordinierung zu faireren Wasserverteilung, um
206 Engpässe zu vermeiden

- 207
- 208
- 209
- 210
- 211
- 212
- 213
- 214
- 215
- 216
- 217
- 218
- Mehr Investitionen in die Infrastrukturen der Wasserwirtschaft und in den Naturschutz, um die Resilienz der Wasserwirtschaft zu stärken und damit der Grundwasserpegel nicht weiter sinkt.
 - Uns ist bewusst, dass es auf klimapolitische Herausforderungen nur globale Antworten geben kann. Daher bedarf es verbindliche Regelungen zur Privatisierung der Wasserversorgung. Als einen ersten Schritt fordern wir gesamteuropäische Lösungen für die Sicherstellung vom Grundrecht Wasser und den Zugang zum öffentlichen Gut.